



CHRIST:INNEN

FÜR

KLIMASCHUTZ

Medienmitteilung

Zürich/Luzern/Bern, 15. Januar 2025

Christliche Organisationen für mehr Umweltverantwortung

Die Koalition «Christ:innen für Klimaschutz» ruft auf, Verantwortung für die Schöpfung zu übernehmen und am 9. Februar die [Umweltverantwortungsinitiative](#) (eidgenössische Volksinitiative «Für eine verantwortungsvolle Wirtschaft innerhalb der planetaren Grenzen») anzunehmen. Die Initiative setzt sich zum Ziel, die Umweltbelastung der Schweiz innerhalb von zehn Jahren so zu reduzieren, dass die Belastbarkeitsgrenzen unserer Erde eingehalten werden.

Die [Koalition «Christ:innen für Klimaschutz»](#) bedauert, dass der Bundesrat die Initiative zur Ablehnung empfiehlt und keinen Gegenvorschlag vorlegt, obwohl Nachhaltigkeit durch Artikel 73 in der Bundesverfassung explizit gefordert wird. «Christ:innen für Klimaschutz» unterstützt politische Vorstösse wie die Umweltverantwortungsinitiative, die die Bewahrung der Schöpfung und die Schweizer Verfassung gleichermaßen ernst nehmen.

Die bisher von der Schweiz umgesetzten Massnahmen reichen nicht aus, um die Umweltbelastung auf ein planetenverträgliches Mass zu reduzieren. Deswegen braucht es klare Ziele, Fortschrittsmessung und Fristen zur Senkung der Umweltbelastung. Die Initiative macht den Weg frei für einen Paradigmenwechsel und basiert auf wissenschaftlichen Empfehlungen für eine nachhaltige Zukunft: Die planetaren Grenzen sollen innerhalb von zehn Jahren von der Schweiz eingehalten werden. Die Einhaltung dieser Grenzen in der Verfassung mit einer Frist zu verankern, entspricht einer konkreten Schöpfungsverantwortung aus christlicher Perspektive.

Hintergrund:

Die Umweltverantwortungsinitiative orientiert sich am Konzept der planetaren Grenzen, welches 2009 von einem Forschungsteam des Stockholm Resilience Center unter der Leitung von Johan Rockström entwickelt wurde. Als planetare Grenzen werden die ökologischen Belastungsgrenzen der Erde bezeichnet. Die Überschreitung dieser Grenzen zieht unumkehrbare Veränderungen im Ökosystem nach sich. Derzeit haben wir einige dieser Grenzen bereits überschritten. Das gefährdet die Stabilität des Ökosystems und die Lebensgrundlagen der Menschheit.

Sechs von neun planetaren Grenzen sind bereits überschritten: Klimawandel, Artenvielfalt, Stickstoff- und Phosphor-Kreislauf, Süsswasser, Landnutzung und neuartige Substanzen wie z. B. Plastik. Die Umweltverantwortungsinitiative fordert, dass die Schweiz nur so viele Ressourcen nutzt, dass die planetaren Grenzen eingehalten werden. Mit ihrem hohen Konsumniveau gehört die Schweiz zu den Ländern mit überdurchschnittlicher Umweltbelastung.

Die Grenzen der Schöpfung respektieren

Für Christ:innen ergibt sich eine besondere Verantwortung, die Schöpfung zu bewahren. Die Übernutzung natürlicher Ressourcen und die Zerstörung der Umwelt stehen im Widerspruch zu dieser Aufgabe und zu der Verantwortung, die wir gegenüber künftigen Generationen und unseren Mitmenschen haben. Der christliche Glaube ruft dazu auf, nicht nach kurzfristigem Profit auf Kosten der Schöpfung zu streben, sondern nach Gerechtigkeit, Solidarität und dem Wohl aller. Ein Wirtschaftssystem, das auf Nachhaltigkeit, Gemeinwohl und Respekt vor der Schöpfung basiert, ist nicht nur ökologisch notwendig, sondern entspricht auch den zentralen Werten einer christlichen Ethik.

Der Verfassung verpflichtet

Die Umweltverantwortungsinitiative ebnet einem grundlegenden und nachhaltigen Wandel von Wirtschaft und Gesellschaft den Weg. Dieser Nachhaltigkeit hat sich die Schweiz auf höchster politischer Ebene verpflichtet. Im Jahr 1999 wurde der Artikel 73 «Nachhaltigkeit» in die Bundesverfassung aufgenommen. Damit setzte sich die Schweiz das Ziel, ein dauerhaft ausgewogenes Verhältnis zwischen der Natur und ihrer Erneuerungsfähigkeit auf der einen Seite sowie ihrer Nutzung durch den Menschen auf der anderen Seite zu erreichen.

Umso unverständlicher ist für die Koalition «Christ:innen für Klimaschutz» die Entscheidung von Bundesrat und Parlament, die Initiative zur Ablehnung zu empfehlen und weder einen direkten noch einen indirekten Gegenvorschlag vorzulegen.

Christliche Organisationen sind gefordert

Durch die Klima- und Umweltkrise sind Kirchen und christliche Organisationen gefordert, Stellung zu beziehen und sich für Gerechtigkeit, Nächstenliebe und ein gutes und gelingendes Leben für alle Lebewesen einzusetzen. In einer globalisierten Welt hängen die Schicksale von Menschen in verschiedenen Teilen der Erde zusammen. Die Verantwortung für den Planeten und seine Grenzen wahrzunehmen, ist für Christ:innen Teil ihrer Glaubensverantwortung.

Die Koalition «Christ:innen für Klimaschutz» besteht unter anderem aus den Organisationen AKU (Arbeitsgemeinschaft Klima, Energie und Umwelt), Fastenaktion, Grüner Fisch, HEKS, oeku Kirchen für die Umwelt, StopArmut, femmes protestantes und SKF Schweizerischer Katholischer Frauenbund.

Kontakt

Sarah Paciarelli, Schweizerischer Katholischer Frauenbund

sarah.paciarelli@frauenbund.ch; 041 226 02 18

Yvan Maillard, HEKS

Yvan.maillard@heks.ch; 079 267 01 09